

Rede von Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker anlässlich des Dreikönigsempfangs des Katholikenausschusses am 8. Januar 2018, 19:30 Uhr, im Maternushaus

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Stadtdechant Monsignore Kleine,
sehr geehrte Frau Bartscherer,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

für die Einladung, auch in diesem Jahr auf Ihrem Dreikönigsempfang sprechen zu können, danke ich Ihnen herzlich. Ich wünsche Ihnen für das neue Jahr alles Gute, vor allem Gesundheit, Glück und Gottes Segen.

Meine Damen und Herren,
als ich vor etwas mehr als zwei Jahren das Amt der Kölner Oberbürgermeisterin angetreten habe, wusste ich, es liegen viele Aufgaben vor mir.

Ich empfinde es als Privileg, dieses Amt in unserer Stadt ausüben zu dürfen und bin jeden Tag dankbar dafür.

Denn ich möchte zusammen mit Ihnen unsere Stadt verändern.

Kurz nach Beginn meines Antritts habe ich dafür die Grundlage gelegt: mit dem Beginn der größten Reform, die diese Verwaltung je gesehen hat.

Gemeinsam mit der großen Mehrheit des Stadtrates haben wir uns auf den Weg gemacht unsere Verwaltung moderner, effizienter und besser zu machen. Dies wird nicht von jetzt auf gleich zu meistern sein. Einen großen „Tanker“ wie die Kölner Stadtverwaltung, der jahrzehntelang sein Ruder kaum bewegt hat, reißt man nicht sofort rum, sondern es braucht seine Zeit. Aber nun sind wir auf Kurs, haben 11 Pilotämter an den Start gebracht, erste Umsetzungen der Reform erfolgten bereits und in wenigen Jahren soll die Reform abgeschlossen sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
eine moderne Verwaltung, und zwar modern im Denken und in den Arbeitsmethoden ist die Grundvoraussetzung dafür, wenn wir als Stadt, als Gesellschaft in dieser Stadt, den Veränderungen auf der Welt Rechnungen tragen wollen.

Die Veränderungen, die die Globalisierung, die Digitalisierung und der Zeitgeist mit sich bringen kann man beklagen. Aber sie finden statt.

Und Köln war immer dann gut, wenn es sich diesen Veränderungen und den Herausforderungen gestellt hat. Das ist seit 2.000 Jahren so und ich möchte, dass es auch 2018 weiterhin so ist.

Meine Damen und Herren,
wenn wir uns die Veränderungen auf der Welt anschauen: die Radikalisierungen in vielen Ländern, aber auch der Hang zum Populismus in unserem Land, kann einem Angst und Bange werden. Menschen, die sich in die Arme von Extremisten treiben lassen, denen fehlt es an Orientierung und an Identität.

Köln hat das große Glück, dass wir uns unserer Identität sehr bewusst sind. Ich sage das fernab von jedem Karnevals-Jubel und Folklore. Wenn sich unsere Stadt ihrer Geschichte, also das was sie ausmacht, nicht so bewusst wäre wie sie es ist - und ja dazu gehören auch die unzähligen Lieder die wir auf unserer Stadt singen - dann wären wir arm dran.

Dann würde auch uns der eiskalte Wind des Extremismus ins Gesicht schlagen. Das dies nicht so ist, ist aber keine Selbstverständlichkeit.

War es vor 2.000 Jahren unsere Stadtmauer, die uns vor Feinden geschützt hat, so ist es heute unsere Haltung, die uns vor Anfeindungen schützt. Und diese Haltung, diese Einstellung zum Leben müssen wir stärken. Jeden Tag.

Dazu gehört, dass wir jedem Einzelnen in unserer Gesellschaft die Chancengerechtigkeit zukommen lassen, die er braucht, um aus seinem Leben das Beste zu machen. Denn dies ist die Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Partizipation und unser soziales Miteinander, für das Sie sich in ganz besonderem Maße engagieren.

Die Obdachlosigkeit und die Armut im öffentlichen Raum zählen hierzu.

In der Wahrnehmung vieler Kölnerinnen und Kölner und auch Gäste unserer Stadt hat die Zahl aggressiv bettelnder oder stark alkoholisierter Personen im öffentlichen Raum deutlich zugenommen. Diese Menschen werden häufig als bedrohlich empfunden und in der öffentlichen Diskussion pauschal und stark vereinfacht als Osteuropäer bezeichnet.

Wir haben in der Stadtverwaltung eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, um herauszufinden, inwieweit die Beobachtungen mit den tatsächlichen Entwicklungen übereinstimmen, und um diese Situation zu verändern.

Ein Ergebnis ist, dass ca. ein Fünftel der im Verhalten auffälligen Personen aus Ost- oder Südost-Europa kommt.

Eine mögliche Ursache hierfür ist, dass diese nach einem Aufenthalt von sechs Monaten ausschließlich das Kinder- und Betreuungsgeld erhalten - und damit in der Regel keine weiteren Sozialleistungen, also auch keine Grundsicherung und Sozialhilfe. Wenn die Betroffenen also innerhalb des ersten halben Jahres keine Arbeit finden, droht häufig ein schneller sozialer Abstieg bis hin zur Obdachlosigkeit.

Hinzu kommt, dass die im Verhalten auffälligen Personen im öffentlichen Raum häufig auch noch psychische Erkrankungen haben, was die Situation in jeder Hinsicht oft zusätzlich verschärft.

Um diesen Personen helfen zu können, muss das bisherige Angebot an Hilfe und Unterbringung gezielt ergänzt und ausgebaut werden. Hierbei sind wir auf die Zusammenarbeit mit den Trägern der Wohnungslosen- und Suchthilfe angewiesen.

Ich werde dem Rat kurzfristig ein Konzept hierzu vorlegen, das bestehende Unterbringungsangebot zu erweitern.

- Adäquate Beratungsangebote,
- ein Tagesaufenthalt und
- die Ausweitung des Streetworkangebots um
- sprachkompetente Sozialarbeiterinnen und -arbeiter

sollen hinzukommen – ebenso wie ordnungsrechtliche Maßnahmen uns nicht erspart bleiben!

So soll nicht nur den Betroffenen selbst geholfen werden, auch die Situation in dem öffentlichen Raum soll so verbessert werden.

Meine Damen und Herren,

häufig ist mit dieser Situation ein weiteres Problem verbunden – und zwar das des Drogenhandels und des Drogenkonsums im öffentlichen Raum.

Insbesondere rund um den Neumarkt und im angrenzenden Veedel können wir dies leider - im wahrsten Sinne des Wortes - beobachten.

Das ist eine sehr belastende Situation für die dort lebenden Anwohner, aber auch für die Gewerbetreibenden und unsere Besucher. Sie ist sogar geradezu unerträglich.

Allerdings dürfen wir bei Gesprächen über das Thema aber auch nicht vergessen, dass es sich bei den Konsumenten um schwerkranke Menschen handelt, deren Tagesablauf von Beschaffung und Konsum geprägt ist. Diese Menschen sind auf unsere Hilfe angewiesen!

Der Rat hat aus diesem Grunde die Einrichtung eines Drogenhilfeangebotes mit Drogenkonsumraum in der Thieboldsgasse beschlossen. Mit einem solchen Angebot soll den Menschen direkt in ihrem Alltag geholfen, ihre Gesundheit verbessert und langfristig eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden.

Und zugleich sollen die von uns als unzumutbar empfundenen Begleiterscheinungen des Drogenkonsums deutlich reduziert werden.

Aller Erfahrung nach wird dies auch am Neumarkt erfolgreich sein, auch wenn die Nachbarschaften noch nicht daran glauben und es ihnen viel abverlangen mag.

Ein Drogenkonsumraum macht nur dort Sinn, wo sich die Drogenabhängigen auch aufhalten. Ansonsten würde er nicht angenommen, und das Projekt wäre zum Scheitern verurteilt und das Problem würde nicht gelöst.

Neben der Hilfeeinrichtung in der Thieboldsgasse hat der Rat im September auch für andere Bereiche des Stadtgebietes Beratungs- und Hilfsangebote beschlossen. Insbesondere betrifft dies die Stadtteile Mülheim und Kalk, aber auch Meschenich, Chorweiler und Porz. Das wird die Situation insgesamt entzerren.

Meine Damen und Herren,

ich weiß, dass die Wohnungssituation bzw. der Wohnungsnotstand in unserer Stadt ein Thema ist, das auch Ihnen sehr am Herzen liegt.

Köln ist eine dynamisch wachsende Stadt. Daher wird es in Köln immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

2016 wurde die Rekordsumme von 106 Millionen Euro an Fördermitteln ausgegeben, und auch 2017 war für die soziale Wohnraumförderung ein gutes Jahr.

Damit das so bleibt, hat die Verwaltung das Kölner Kooperative Baulandmodell überarbeitet und verschärft, so dass nach Beschluss des Rates nun grundsätzlich bei allen Bauvorhaben, in denen neues Baurecht geschaffen wird, ein Anteil von 30 Prozent der Wohnfläche gefördert gebaut werden muss.

Mit dem Kölner Wohnbündnis vom 27. November 2017 haben Wohnungswirtschaft, Verbände und Stadtverwaltung die gemeinsame schrittweise Steigerung der Bauleistung auf jährlich 6.000 Wohneinheiten zum verbindlichen Ziel erklärt.

Und mit der Verwaltungsreform, mit der neuen Wohnungsbauleitstelle wollen wir Baugenehmigungen zügiger bearbeiten und schneller abschließen. Aber nur mehr und schnellere Baugenehmigungen sind nur ein Teil der Lösung. Es klafft noch immer eine zu große Lücke zwischen den erteilten Baugenehmigungen und den fertiggestellten Wohnungen.

Die immer wiederkehrende Forderung nach der Ausweisung von ausreichend preiswertem Bauland kann ich verstehen. Ich möchte Ihnen aber sagen: Grund und Boden sind keine Handelsware wie jede andere. Sie ist bei entsprechender Nachfrage nicht beliebig vermehrbar, und daher müssen wir sorgfältig überlegen und gut planen, bevor wir sie einsetzen. Trotz des Drucks auf dem Wohnungsmarkt können wir nicht jede Fläche für den Wohnungsbau ausweisen: Wie brauchen auch Platz für Büro und Gewerbe, und die Menschen benötigen Raum für Bildung und Infrastruktur sowie Spielflächen und Grün.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
die Veränderungen die von außen auf uns zukommen sind groß. Deswegen müssen auch unsere Anstrengungen wie wir auf diese Herausforderungen zugehen groß sein.

Wir müssen die dringenden Probleme und Themen hartnäckig weiterverfolgen. Dazu gehört der Wohnungs- und Schulbau, genauso wie unsere Infrastruktur. Aber wir müssen uns auch den großen und wichtigen Themen widmen, die wir in der Vergangenheit zu sehr vernachlässigt haben.

Der Katholikenausschuss ist dabei für mich persönlich und der Verwaltung insgesamt ein wichtiger und verlässlicher Partner, um das Sozialgefüge unserer Stadt zu erhalten und unser soziales Köln weiter voranzubringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren
ich möchte, dass das Jahr 2018 zu dem Jahr wird in dem Köln sich entschließt wieder voran zugehen, wieder ein Beispiel zu sein - auf das geschaut wird. Das haben wir in unserer über 2000-jährigen Geschichte schon öfter geschafft und ich sehe keinen Grund, warum wir es nicht wieder schaffen sollten.

Das ist keine alleinige Aufgabe der Verwaltung, sondern von uns als Gesellschaft insgesamt.

Als Verwaltung können wir unseren Beitrag leisten, indem wir unsere Prozesse modernisieren, indem wir Vorschläge einbringen und uns um die Umsetzung kümmern. Aber wie wir in Zukunft leben wollen, kann und wird nicht von der Verwaltung per Verordnung geregelt.

Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe.

Und es ist die Zeit gekommen sich dieser Aufgabe zu stellen.

Vielen Dank.